

22.06.2020

## Aktuelle Stunde

auf Antrag  
der Fraktion der SPD

### Corona-Infektionen in der nordrhein-westfälischen Fleischindustrie

Ausweislich aktueller Berichterstattung verschiedener Medien (siehe u.a. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article209780723/Corona-bei-Toennies-Laschet-spricht-von-eingereisten-Rumaenen-und-Bulgaren.html?cid=socialmedia.email.sharebutton>, vom 17.06.2020) hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) aus Rumänien und Bulgarien eingereiste Arbeiter für den Corona-Ausbruch in einem Fleischbetrieb in Rheda-Wiedenbrück verantwortlich gemacht. Auf die Frage von Journalisten, was der Ausbruch über die bisher erlassenen Lockerungen aussage, antwortete der Ministerpräsident: „Das sagt überhaupt nichts aus, weil Rumänen und Bulgaren da eingereist sind und da das Virus herkommt. Das wird überall passieren. Wir haben in ganz Deutschland ähnliche Regelungen.“ Mit diesen anti-europäischen Äußerungen hat der Ministerpräsident in unverantwortlicher Weise für Irritationen und breite Empörung gesorgt.

Armin Laschet ist damit dem Diktat der Bosse der Fleischindustrie unreflektiert und unbesonnen gefolgt. Mit seinen Äußerungen hat er den Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern aus Osteuropa die Schuld für die Corona-Masseninfektion im Schlachtbetrieb Tönnies in Rheda-Wiedenbrück einseitig in die Schuhe geschoben. Dabei verkennt der Ministerpräsident, dass die Masseninfection ursächlich auf die zum Teil unmenschlichen Bedingungen in Betrieben und Unterkünften, mangelnde Hygiene und mangelnde Schutzausrüstung für die Beschäftigten bei der Fleischindustrie zusammenhängt. Auch CDU Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann bestätigt diese Einschätzung und widerspricht zugleich seinem Ministerpräsidenten. Er verweist auf die teilweise katastrophalen Zustände bei der Beherbergung der Arbeiter in der Fleischindustrie, stellt aber Herkunft und Nationalität der Beschäftigten nicht in einen Zusammenhang mit der neuerlichen Masseninfection.

Im Kölner Stadtanzeiger (siehe auch: <https://www.ksta.de/region/2000-maengel-festgestellt-katastrophale-zustaende-in-unterkuenften-der-fleischindustrie-36868912>, vom 17.06.2020) wird der Gesundheitsminister zitiert: „Ob fehlender Brandschutz, Einsturzgefahr oder die Missachtung einfachster hygienischer Vorschriften: Hier wird – offenbar aus Gründen der Profitmaximierung – mit der Gesundheit der Beschäftigten gespielt. Das ist unverantwortlich“.

Im Tönnies-Fleischbetrieb in Rheda-Wiedenbrück sind - Stand 21. Juni 2020 – 1.331 Infektionen nachgewiesen. 21 Covid-19-Patienten werden stationär behandelt. Die Tagesschau meldet am 21. Juni 2020, dass der R-Wert deutlich über die kritische Marke von 1 gestiegen sei.

Ministerpräsident Armin Laschet hat am Sonntag, den 21. Juni 2020, angekündigt, dem betroffenen Kreis Gütersloh zusätzliche Hilfe zukommen zu lassen. Das Land sei über die

Datum des Originals: 22.06.2020/Ausgegeben: 22.06.2020

schon entsandten Kräfte hinaus bereit, jegliches Personal zu organisieren, das gebraucht wird. Leider bleibt die Entscheidung des Ministerpräsidenten uneindeutig und unbestimmt. Ministerpräsident Laschet liefert keine Hinweise und Informationen, wie diese Hilfe aussehen soll und welche Mittel zu Verfügung gestellt werden. An die Fleischindustrie und den Schlachtbetreiber Tönnies appelliert er lediglich, sich an seine Versprechen zu halten. Die Anliegen von Demonstranten nach besserer Kontrolle der Fleischindustrie als Parteiengezänk abzutun ist, zeugt von der unentschlossenen Haltung des Ministerpräsidenten. Spätestens nach dem Ausbruch im Tönnies-Schlachthof ist ein eindeutiges Bekenntnis der Landesregierung zum Verbot der Werkverträge, einem besserem Arbeitsschutz und mehr Hygienekontrollen in der Fleischindustrie notwendig.

Aufgrund der Bedeutung des Themas besteht ein dringendes öffentliches wie auch parlamentarisches Interesse, dass die Landesregierung in einer Aktuellen Stunde ihre Position und die o.g. Äußerungen des Ministerpräsidenten erklärt.

Thomas Kutschatj  
Sarah Philipp  
Lisa-Kristin Kapteinat  
Josef Neumann

und Fraktion